

Ressort: Finanzen

IG-BCE-Chef will freiwillige Begrenzung von Managergehältern

Hannover, 15.04.2017, 13:37 Uhr

GDN - Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Michael Vassiliadis, lehnt eine gesetzliche Begrenzung von Vorstandsgehältern ab und fordert stattdessen eine freiwillige Regelung. Das berichtet die "Welt am Sonntag".

Nach der Vorstellung von Vassiliadis soll die Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK) Maßstäbe für angemessene Managergehälter entwickeln. Das Gremium, in dem vor allem Unternehmensvertreter sitzen, solle festlegen, wie hoch das Gehalt eines Vorstandsmitglied im Vergleich zum durchschnittlichen Verdienst eines Mitarbeiters im gleichen Unternehmen sein soll. "Ich frage mich, warum die Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex hier nicht ihre Arbeit macht", sagte Vassiliadis der Zeitung. Die Kommission habe längst erklärt, dass ein angemessenes Verhältnis von Vorstandsgehältern zu den übrigen Gehältern im gleichen Unternehmen ein Thema sei, nur geschehen sei bisher nichts. Die ständige Kommission erarbeitet Empfehlungen zur angemessenen Unternehmensführung für börsennotierte Unternehmen. Die Regeln sind nicht bindend, haben aber eine starke Lenkungswirkung. "Die Kommission sollte sich endlich mal dazu durchringen, hier klare Vorgaben zu formulieren", sagte Vassiliadis. "Das wäre dann zwar kein Gesetz sondern lediglich eine Empfehlung. Aber alle Firmen, die sich nicht daran halten, wären in Erklärungsnot." Unter den Gewerkschaften sei der Vorschlag mehrheitsfähig, sagte Vassiliadis: "Ich glaube nicht, dass die anderen Gewerkschaften etwas gegen unseren Vorschlag haben, die Vorstandsgehälter im Corporate Governance Kodex zu regeln." Innerhalb der Unternehmens-Vorstände möchte Vassiliadis die Vergütung des Vorstandsvorsitzenden noch einmal zusätzlich deckeln. Das Grundgehalt des Vorstandsvorsitzenden soll demnach grundsätzlich maximal 50 Prozent höher sein als das durchschnittliche Vorstandsgehalt. Die Forderungen sind Teil eines Zehn-Punkte-Plans zur Vorstandsvergütung, den der Hauptvorstand der IG BCE jüngst entwickelt hat und welcher der Zeitung vorliegt. In dem Papier fordern die Gewerkschafter, Arbeitnehmervertreter künftig stärker an der Entscheidung über die Vorstandsvergütung zu beteiligen. So sollen in allen Kapitalgesellschaften wie AGs, GmbHs oder SEs künftig die Aufsichtsräte die Gehälter von Vorständen und Geschäftsführern festlegen. Außerdem sollen die Aufsichtsräte künftig mit Zweidrittelmehrheit über die Bezüge von Vorständen abstimmen. Bisher entscheiden sie nur mit einfacher Mehrheit, so dass die Arbeitgeber-Vertreter die Arbeitnehmer mit den Stimmen des Aufsichtsratsvorsitzenden überstimmen können.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-88085/ig-bce-chef-will-freiwillige-begrenzung-von-managergehaeltern.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619